

Dagsordenspunkt 7: SSWs stillingtagen til europavalget i juni 2009

Resolution zum Tagesordnungspunkt 7 -

SSW fordert Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag und ein soziales Europa

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

1. Der SSW fordert die Bundesregierung dazu auf, eine Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Nur durch eine verstärkte demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wächst die Akzeptanz vor Ort für die Europäischen Gremien in Brüssel.
2. Der SSW fordert die EU dazu auf, in Zukunft sicherzustellen, dass nationale Tariffreugesetze in der Europäischen Union anerkannt werden. Dies sichert Arbeitsplätze vor Ort und verbessert die Chancengleichheit und Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen.
3. Der SSW spricht sich gegen eine europäische Sozialpolitik aus, die auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner beruht. Wir lehnen Sozialdumping und das Wettrennen um die niedrigsten Sozialstandards ab. Dies führt zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen und zur Abschwächung nationaler Standards im Arbeitsrecht oder bei der Daseinsvorsorge. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in Europa fördern - dies erreichen wir nur, wenn wir den Sozialstaat zukunftsfähig machen statt ihn abzubauen.
4. Der SSW fordert die EU dazu auf, sich bei allen Mitgliedsländern für die Umsetzung der Kopenhagener Kriterien zu den Minderheitenrechten einzusetzen. Bei der Aufnahme weiterer Länder in die Europäische Union muss vorab der Nachweis erbracht werden, dass die Anerkennung, der Schutz und die Förderung nationaler Minderheiten gewährleistet ist.
5. Der SSW fordert die EU dazu auf, eine europäische Minderheitenpolitik, die die Anerkennung, den Schutz und die Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen sichert, zu entwickeln. Dabei bilden das „Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ und die „Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen“ den Rahmen für eine fortschrittliche europäische Minderheitenpolitik. Ziel muss es sein, in diesen Rahmen die Rechte der Minderheiten einzelgesetzlich abzusichern und die Zuschüsse für die Minderheiten und deren Organisationen auf nationaler und europäischer Ebene langfristig abzusichern.